

Die „Freiheit“ erscheint morgen und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postsendung ohne Postgebühren monatlich 5.— M., bei Zustellung unter Straßendruck 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragene Zeitung. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Interesse haben die nachstehende Honorarliste oder deren Nummern 1, 20 III, Wertungsgeld das festgesetzte Wort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leveragezuschlag 70 Proz. Familien- und Veranlassungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Lage in Ungarn.

Die Entente verlangt die Abrüstung der ungarischen Armee.

T. U. Wien, 5. August.

Aus Budapest wird gemeldet: Oberleutnant Romanelli hat im Namen der italienischen Mission folgende Note an die ungarische Regierung gerichtet:

Infolge des Umstandes, daß in Budapest rumänische, also Entente-Truppen eingezogen sind, um der Stadt Frieden und Ruhe zu bringen, hat es die ungarische Regierung nicht mehr notwendig, eine eigene große bewaffnete Militärmacht zu unterhalten, um die Ruhe zu gewährleisten, da für diesen Zweck die russischen Truppen zur Verfügung stehen. Ich halte es daher für notwendig, in Würdigung der Waffenstillstandsbedingungen und um Leben, der die Absicht hätte, Anarchie zu stiften, zu warnen, der ungarischen Regierung folgendes vorzuschlagen: Das ungarische Heer muß auf den Stand gebracht werden, welcher in den Waffenstillstandsbedingungen vom 13. November 1918 festgesetzt wurde. Die Zivilbevölkerung der Stadt und des gesamten Landes muß aufgefordert werden, die Waffen in kürzester Zeit abzuliefern. Alle Feuerwaffen, Munition, Handgranaten und Explosionsstoffe müssen abgegeben werden, ausgenommen sind Jagdgewehre. Die Entwaffnung der roten Truppen hat unverzüglich zu beginnen. Ich wünsche fortlaufend über diese Maßnahmen unterrichtet zu werden.

T. U. Wien, 5. August.

Der englische General Gordon ist von Preßburg abgereist, um in Budapest die Unterhandlungen namens der Entente zu führen.

Demission des Kabinetts.

Wien, 5. August.

Das neue Kabinett Peidl hat bereits wieder demissioniert. Es soll ein Koalitionskabinett aufgestellt werden, in dem aber nur zwei Sozialdemokraten sitzen dürfen. Es soll ein leitender Ministerrat aus Arbeiter-, Bürger- und Bauernführern gebildet werden, der zunächst alle von der Minderregierung gegebenen Erlasse zu revidieren haben wird. Die Verweigerung von Budapest fürchtet, daß bei dem Einmarsch der Rumänen die Szegediner Regierung zur Macht gelangen und daß es so zur Herrschaft der Reaktion kommen könnte. Truppen der Szegediner Regierung sind weiter vorgerückt und stehen vor Budapest.

Die Bourgeoisie im Koalitions-Kabinet.

H. N. Haag, 5. August.

Aus Paris wird gemeldet: Laut hier eintrassenden Nachrichten, erhalten die Mitglieder der Bourgeoisie im neuen ungarischen Koalitionsministerium drei Sitze.

Kritische Lage der Verpflegung.

Budapest, 4. August.

Das Verbringen der rumänischen Truppen bis Budapest hat in der Verpflegung der hauptstädtischen Bevölkerung eine kritische Lage geschaffen, da infolge der rumänischen Besetzung der zwischen Donau und Theiß liegende Landsteil von der Hauptstadt abgeschnitten ist. Die ungarische Regierung hat die rumänische Herrschaft erlucht, im Interesse der Verpflegung der Hauptstadt mit Nahrungsmitteltransporten keine Schwierigkeiten zu machen.

Wirtschaftsminister Takacs erklärte, er werde heute noch verfügen, daß die für die Produktion schädlichen Verordnungen außer Kraft gesetzt werden. In der Angelegenheit der Sozialisierung des Grundbesitzes entscheidet die Nationalversammlung. Bis dahin verbleibe die Verwaltung die bisherige, damit die Produktion keinerlei Störung erleide. Maßnahmen, die die Bauern verärrert haben, werden abgestellt werden. Wir sind, sagte der Minister, ein Garant mit der Bauernschaft rechnen. Der sozialistische Großgrundbesitz und die Produktionsgenossenschaften werden entsprechend umorganisiert.

Die Wahlen zur ungarischen Konstituante.

H. N. Wien, 5. August.

Wie die „Neue Freie Presse“ aus Budapest meldet, beabsichtigt die ungarische Regierung die Wahlen zur Konstituante bereits für die ersten Septembertage auszusprechen.

Die Streikbewegung in der Schweiz.

Die Forderungen an den Bundesrat.

Bern, 4. August. (Schweizerische Doyen-Agentur.) Das Ötterer Aktionskomitee der schweizerischen Arbeiterchaft hat in der heutigen Sitzung über die Organisation der allgemeinen Aktion zur Verbilligung der Lebensmittel beschlossen, folgendes Begehren an den Bundesrat zu richten: Grundständigen Preisobergrenzen, Preisobergrenzen der Lebensmittel sowie für Arbeiter

und andere Bedarfsartikel. Der Bundesrat wird dringend ersucht, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die Mißpreissteigerungen zu verhindern und den Bau billiger Wohnungen wirksam zu fördern.

Die Unruhen in England.

Militärische Verstärkungen für Liverpool.

London, 4. August. (Reuter.)

Heute sind in Liverpool weitere militärische Verstärkungen angekommen. Man glaubt, daß bei den Unruhen in Liverpool ein Schaden von 300 000 Pfund Sterling angerichtet wurde. Im Laufe der Unruhen wurde ein Mann erschossen. 70 bis 80 Personen wurden verwundet, fast 400 Personen sind verhaftet worden. Mehr 100 Löben wurden erteilt und erteilt.

Die Regierung und der Polizeistreik.

London, 4. August (Reuter). Unterhaus.

Auf eine Anfrage über den Polizeistreik sagte der Staatssekretär des Innern Short: Die Lage habe sich nicht wesentlich verändert. Der Streik sei eine Meuterei gegen die dem Publikum geschuldete Pflicht und die Regierung werde sich auf kein Kompromiß mit den Auskändigern einlassen. Die entlassenen Leute würden nicht wieder eingestellt werden.

Ausdehnung des Londoner Polizeibeamtenstreiks.

H. N. Haag, 5. August.

Aus London wird gemeldet: Sämtliche Nachrichten deuten darauf hin, daß der Polizeistreik sich immer weiter ausdehnt. Täglich werden in den verschiedenen Stadtteilen Protestversammlungen abgehalten. Ähnlich wird die Zahl der gegenwärtig streikenden Polizisten mit 1000 angegeben, die Sozialisten schätzen sie auf viele Tausend.

Seidenweberstreik in den Vereinigten Staaten.

Battersea (New Jersey), 4. August. (Reuter.)

15 000 bis 17 000 Seidenweber streiken. Sie verlangen sofortige Einführung der 44-Stundenwoche. Die Fabrikanten hatten vor kurzem die Einführung der 44-Stundenwoche ab 1. Oktober gewährt.

Wiederherstellung des deutsch-chinesischen Friedenszustandes.

H. N. Haag, 5. August.

Aus Peking wird gemeldet: Die chinesische Kammer hat eine Gesetzesvorlage angenommen, durch die der Friedenszustand zwischen Deutschland und China wiederhergestellt wird.

Die Übung in Torgau.

Vom Freiwilligen Landeshüterkorps (Reichswehr-Brigade 16) in Weimar erhalten wir folgendes Schreiben:

Auf Grund des § 11 des Pressegesetzes werden Sie ersucht, nachstehende Notiz in Ihrer Nummer 301 vom 31. Juli (Abend-Ausgabe) zu berücksichtigen:

„Eine gefährliche Übung“: Torgau, den 31. Juli. Heute vormittag hat die Torgauer Garnison eine Übung veranstaltet, die „Straßenkampf“ genannt wurde. Sie wurde in der Stadt vorgenommen, wobei auch scharf geschossen wurde.“

Diese Darstellung ist geeignet, das Verhalten der beteiligten Truppen in ein falsches Licht zu setzen. Tatsächlich hat ein Soldat versehentlich statt mit Flakpatronen mit scharfen Patronen geladen, trotz des ausdrücklichen, vor Beginn der Übung erlassenen Verbots des betr. Vorgehens, daß keine scharfen Patronen mitzunehmen seien.

Nach Ihrer Darstellung kann dagegen der Eindruck erweckt werden, als ob bei der Übung scharf geschossen werden sollte.

H. B. Jacobsen
Hauptmann im Generalstab.

Diese Verächtigung bestätigt vollkommen die uns zugegangene Meldung. Bei dieser Übung ist tatsächlich scharf geschossen worden; daß das nur „versehentlich“ geschehen sein soll, ändert nichts an dieser Tatsache.

In früheren Zeiten sind solche gefährlichen Übungen in unbewohnten Gegenden veranstaltet worden und strenge Abwehrmaßnahmen sorgten dafür, daß die unbeteiligten Bevölkerung nicht gefährdet wurde. In Torgau aber zog man in die Stadt und ließ „versehentlich“ zwei Menschen schwer verwunden. Wie haben wir es doch in „demokratischen“ Deutschland herrlich weit gebracht!

Die Verfassung der Gegenrevolution.

„Die Verfassung, das sind die Kanonen.“ Mit diesen lapidaren Worten ist alles gesagt. Diese Verfassung, die in Weimar vollendet worden ist, wurde nur möglich dadurch, daß die Kanonen und Maschinengewehre der Gegenrevolution die Empörung der Arbeiterschaft niederhielten. Sie ist ebenso der Ausdruck dieser Tatsache, wie der in Gelehrtenform gekleidete Wille, diesen Zustand zu verewigen. Die Verfassung wäre die Besiegelung der Niederlage der Revolution in Deutschland, wenn sie wirklich Lebenskraft erhielte und für die Dauer das Grundgesetz der staatlichen Organisation des deutschen Volkes werden sollte.

Die verfassunggebende Nationalversammlung konnte ihr Werk vollenden, weil sich in den ersten Wochen der Revolution der gegenrevolutionäre Wille des Bürgertums begabete mit der Furcht der Rechtssozialisten vor dem Sozialismus und der wirklich revolutionären Arbeiterschaft. Die Revolution auszustreichen und dort anzuknüpfen, wo die Revolution die Entwicklung des parlamentarischen Kompromisses zwischen den Rechtssozialisten und den bürgerlichen Parteien unterbrochen hatte, das war die Aufgabe, die ihr von dem Bürgertum wie von den Rechtssozialisten vorgeschrieben wurde. Die parlamentarische Entwicklung vor der Revolution zielte auf eine monarchische Demokratie ab, in der etwa nach dem Vorbild des englischen Demagogen Lloyd George der Arbeiterschaft gewisse soziale Zugeständnisse gemacht wurden, während im übrigen die Grundlage der Gesellschaft unerschüttert bleiben sollte. Eine Revolution mußte eine solche Zielsetzung überholen. Deshalb zitterten die Rechtssozialisten vor dem November, vor der Revolution, und Herr Ebert und der „Vorwärts“ deklarieren noch am Tage vor der Revolution, daß man sich gegen sie in die Reihe werfen müsse. Allein die Revolution kam. Mit ihr die Entfesselung der stürmischen Forderung der klassenbewußten Arbeiterschaft nach dem Sozialismus. Jetzt galt es für die Rechtssozialisten, sich zu entschließen, ob sie durch die Diktatur des Proletariats zum Sozialismus gelangen oder gegen das Proletariat ihre Politik des November fortsetzen wollten. Die Konsequenz ihrer gesamten Politik führte sie zu dem letzteren. Die demokratische Monarchie war erledigt, und die Monarchisten von gestern mußten Republikaner von heute werden. So ergab sich von vornherein als Aufgabe: Schaffung einer bürgerlich-demokratischen Republik, Sicherung des Eigentums und des Kapitalismus durch die Verfassung, Schaffung von Garantien gegen die Weiterführung der Revolution. Die Verfassung, die schließlich von der Nationalversammlung zustande gebracht wurde, erfüllt diese Aufgabe.

Unter den drei Gesichtspunkten betrachtet: Schaffung einer bürgerlich-demokratischen Republik, Sicherung des Eigentums und des Kapitalismus, Schaffung von Garantien gegen die Weiterführung der Revolution, enthält die Verfassung ihren ausgesprochen gegenrevolutionären Charakter. Sie enthält zuerst einen sogenannten konstruktiven Teil, der die Artikel 1 bis 106 über die Grundrechte und die Artikel 107 bis 173 umfaßt. Der konstruktive Teil handelt über den Aufbau, über Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung im Reich. Schon hier zeigt sich, daß diese Verfassung nicht einmal den strengen Grundrissen der formalen Demokratie entspricht; denn es ist keine demokratische Republik geschaffen worden, sondern ein neuer Obrigkeitsstaat, in dem der Reichspräsident im Verein mit der alten Bürokratie und der alten Massenjustiz eine so beträchtliche Macht darstellt, daß von einer reinen Parlamentsherrschaft nicht gesprochen werden kann.

Nach dieser Verfassung bleibt das Bundesstaatenwesen erhalten, Deutschland wird kein Einheitsstaat. Die höchst unnötige Stelle des Reichspräsidenten ist geschaffen worden, die Beamten und sonstigen staatlichen Funktionäre werden nicht, wie es der oberste Grundriss jeder wahren Demokratie ist, durch das Volk gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt. Das Parlament erhält eine vierjährige Legislaturperiode, das Volk soll also nach wie vor einem Reichstage auf vier Jahre auszuliefern sein, während doch die Tatsache der deutschen Revolution beweist, wie sehr in diesen vier Jahren ein Parlament sich in Widerstreit zum Willen des Volkes setzen kann. Durch diesen konstruktiven Teil der Verfassung ist die Staatsorganisation der neuen kapitalistischen Republik geschaffen, wie sie den Bedürfnissen des Bürgertums entspricht, dem der Obrigkeitsstaat bequemer ist, als ein wirklich demokratischer Staat.

Die Verfassung des Sozialismus in dieser Verfassung ist im 5. Hauptabschnitt über das Wirtschaftsleben erfolgt. Artikel 148 setzt fest, daß die Freiheit von Handel und Gewerbe gewährleistet ist. Artikel 149 gewährleistet die Vertragsfreiheit im Wirtschaftsleben. Artikel 150 enthält den lapidaren Satz: Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet, und Artikel 151 gewährleistet das Erbrecht. Alles andere, was dieser Abschnitt noch über sogenannte Gemeinwirtschaft enthält, läuft auf die Schaffung staatskapitalistischer oder gar nur genossenschaftlicher Einrichtungen, vor allem zu fiskalischen Zwecken, hinaus, wie aus dem Gesetz über die sogenannte Bergesellschaftung der Elektrizitätswirtschaft zur Genüge hervorgeht.

Diese Verfassung, die Verewigung der bürgerlichen Herrschaft und Verewigung des Kapitalismus bedeutet, steht im schroffsten Widerspruch zum Willen der Klassenbewußten Arbeiterkraft, der den Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats fordert. Sie wird deshalb in ihrem Arbeiterkraft durch die bloße Anwendung des Wahlrechts. Denn die Deklamation des Herrn David, daß nun die Arbeiterkraft durch die bloße Anwendung des Wahlrechts den Sozialismus auf gesetzlichem und verfassungsmäßigem Wege verwirklichen kann, ist nichts als Betrug. Die Verewigung des Sozialismus auf diesem Wege kann nur durch eine Verfassungsänderung erfolgen. Eine Verfassungsänderung jedoch erfordert eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage. So bleibt der Arbeiterkraft nur der Weg der Revolution zur Durchführung ihrer Ziele. Gegen die kommende Revolution nun soll diese Verfassung gesichert werden durch eine Reihe von Bestimmungen, die ihr durchaus den Charakter eines reaktionären Ausnahmegesetzes geben.

Zu diesen Bestimmungen gehört nicht zuletzt das Schulkompromiß. Die Schule ist ein Machtinstrument in der Hand dessen, der sie skrupellos ausnützt. Die Tatsache, daß durch die Verfassung die Schule in die Hand der Kirche gegeben wird, ermächtigt es den reaktionären Elementen, in der kommenden Generation das Verdummungshandwerk fortzusetzen und so zum Teil wenigstens zu verhindern, daß ein neues, wirklich sozialistisch denkendes, von den Idealen einer großen Menschheitsgemeinschaft erfülltes Geschlecht heranwächst, das allen reaktionären kapitalistischen Einrichtungen für immer ein Ende machen wird. Unter diesen Gesichtspunkten betrachtet, ist das Schulkompromiß nicht nur eine Kulturkatastrophe, sondern ebensogut ein politisches Ausnahmegesetz, wie der berüchtigte Artikel 49, der den Belagerungszustand als eine verfassungsgerechte Maßregel festsetzt, und der in seiner Konsequenz nichts anderes bedeutet, als die Möglichkeit, alle sogenannten Rechtsgarantien dieser Verfassung außer Kraft zu setzen und die Diktatur der Bourgeoisie zu errichten, wenn es einer bürgerlichen oder bürgerlich-rechtssozialistischen Parlamentsmehrheit gefällt.

Durch diesen Artikel 49 wird die Verfassung klar gekennzeichnet als ein Instrument des Klassenkampfes gegen die Arbeiterkraft. Sie, die von dem Reichsminister David gefeiert wurde als die Besiegelung des inneren Friedens, ist nichts anderes als die magna charta des Bürgerkrieges, die Kriegserklärung an das Proletariat, die ständige Drohung mit den Kanonen und Maschinengewehren der Reaktion. Diese Verfassung, das sind allerdings die Kanonen, die heute noch schwebend auf dem Wink Nothkes losgehen, die aber morgen schon die bürgerlich-kapitalistische, und wer weiß, wie bald schon, die monarchistische Reaktion nicht nur heimlich, sondern in aller Öffentlichkeit kommandieren wird.

Diese Verfassung, die das Ende der deutschen Revolution in Deutschland bedeuten soll, ist zugleich die Verewigung der Schande der rechtssozialistischen Partei. Die genaue Schilderung der Schandtat gegen den Geist des Sozialismus, gegen die Arbeiterkraft und gegen ihr eigenes Programm, die sie während der Verfassungsberatung begangen haben, würde ein Buch füllen. Wir begnügen uns mit der summarischen Aufzählung ihrer

Taten. Die feindselige Anpranglung auf Vollständigkeit erhob. Sie waren gegen den Einheitsstaat, für den Partikularismus, sie haben den ganz un-demokratischen Reichspräsidenten und den Reichsrat geschaffen, sie haben die Geheimdiplomatie aufrechterhalten, entgegen den klaren Gegenwartsforderungen des Erfurter Programms haben sie gegen die Wahl der Beamten und staatlichen Funktionäre durch das Volk gestimmt und an dem alten Apparat der Klassenjustiz festgehalten, anstatt für die Wahl der Richter durch das Volk einzutreten. Sie haben den Artikel 49 gegen die Arbeiterkraft geschaffen, haben eine reinliche Scheidung von Staat und Kirche mitgehindert, haben die Schule der Kirche ausgeliefert. Sie haben den Kapitalismus in der Verfassung verankert und die Arbeiterkraft, die nach dem Räteystem verlangt, durch einen Wechselbalg von Betriebsrätegesetz verböhnt. Und zu allem haben sie ihr Werk gekrönt, indem sie bei der Beratung des Artikels 148 gegen die grundsätzliche Forderung des Sozialismus nach den klaren Worten des Erfurter Programms stimmten. Diese Verfassung ist der Niederschlag ihrer Verräterei, und es stand ihnen schlecht an, durch Herrn Löbe Beschwärze über die reaktionären Beschlüsse des Bürgerturns führen zu lassen. Sie tragen die Schuld selbst, denn das Bürgerium schließt seine Klasseninteressen, sie aber haben die Klasseninteressen der Arbeiterkraft und der Revolution verraten — vom ersten Rätekongreß an, wo sie die Nationalversammlung der Klassenbewußten Arbeiterkraft entgegensetzten bis auf den heutigen Tag, wo diese Nationalversammlung ihr gegenrevolutionäres Werk vollendet hat.

Die deutsche Revolution ist aus, wenn sie nicht noch leben würde in den Köpfen der deutschen Arbeiterkraft. Die revolutionären Kräfte sammeln sich, und der Zusammenschluß der revolutionären Arbeiterkraft, der am 27. Juli in Halle in die Wege geleitet worden ist, wird dieser Verfassung die lebendige Entwidlung, wird den Kanonen eines Nothke die wirtschaftliche Kraft eines einiaen Proletariats entgegensetzen. Denn die Verfassungsmacher von Weimar müssen wissen: Die revolutionäre Arbeiterkraft in Deutschland wird sich nicht auf diese Verfassung einrichten, sondern sie wird sie bekämpfen mit allen revolutionären Mitteln, um eine Verfassung im Geiste des Proletariats an ihre Stelle zu setzen.

Zum Aufbau des Räteystems.

Ein Aufruf.

Am Sonntag, den 27. Juli, sind in Halle Vertreter des Zentralrates der Werftarbeiter, Sitz Hamburg; Zentralrates der Eisenbahner, Sitz Frankfurt a. M.; Zentralrates der Binnenschifffahrt, Sitz Berlin; Seemannsbundes, Sitz Hamburg; Zentralgewerkschaften in Essen; Bezirksarbeiterrates Halle; Bezirksrates der chemischen Industrie, Sitz Merseburg; Zentralrates der optisch-mechanischen Industrie, Sitz Jena; Zentralrates der Nahrungsmittelarbeiter, Sitz Berlin; Vollzugsrat der revolutionären Gewerkschaften Arbeiterkräfte der Iser Kommission der Hamburger Betriebsräte; Hauptauschuss des Großen Arbeiterrates Leipzig; Bezirksarbeiterrates Merseburg

zusammgetreten. Diese Konferenz hat Stellung genommen zu dem Betriebsrätegesetz der Regierung, zu der Organisation der Betriebsräte und zur Gewerkschaftsfrage.

Die Konferenz erhebt den schärfsten Widerspruch gegen das Betriebsrätegesetz der Regierung. Sie schließt sich den Erklärungen und Beschlüssen der Konferenz der Betriebsräte an, die vom 2. bis 10. Juli in Berlin ergieng hat. Sie bejaht die Entschlossenheit der verteilten Zentralen zum Ausdruck, mit aller Kraft und allen Mitteln für die am 10. Juli aufgestellten Forderungen der Betriebsräte und darüber hinaus für das Räteystem überhaupt zu kämpfen.

Zu diesem Zwecke hält die Konferenz einen organisatorischen Zusammenschluß der Zentralräte der Fachgruppen für notwendig, um die ganze Kraft der auf dem Boden des Räteystems stehen-

den revolutionären Arbeiterkraft für die Verewigung des Räteystems einzusetzen. Sie hat deshalb eine provisorische Zentralstelle der Betriebsräte eingerichtet, deren Aufgabe es sein wird, die Organisationen der Betriebsräte aufzubauen und den Gedanken des Räteystems in die revolutionären Massen zu tragen. Einer in der nächsten Zeit einberufenen Konferenz der Zentralräte der Industriezweige bleibt es vorbehalten, endgültige Beschlüsse über die Organisation zu fassen und eine Zentralstelle verewigt zu wählen.

Revolutionäre Arbeiter und Betriebsräte aller Industriezweige!

Schließt euch zusammen in der revolutionären Betriebsräteorganisation! Schafft überall Betriebsräte, schließt die Betriebsräte zusammen zu zentralen Organisationen, schließt euch der neuen Zentralstelle der Betriebsräte an! Das Räteystem ist der Nebel, mit dem das Proletariat die bürgerliche Welt aus den Angeln heben und den Sozialismus an ihre Stelle setzen wird.

Die Adresse der provisorischen Zentralstelle ist:

Franz Peters, Halle a. S., Burg 42/44, Zimmer 20 (Gesäftssekretariat).

Die Stellung der Gewerkschaften zur Regierung.

In der letzten Nummer des „Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften“ (Nr. 31 vom 2. August) wird zu dem Programm der neuen Reichsregierung Stellung genommen, das der Ministerpräsident Bauer in seiner Rede in der Nationalversammlung dargelegt hat. Aus der Zurückhaltung, die das Blatt gegenüber dieser bedeutsamen Programmrede des Ministerpräsidenten, der aus „dem eigenen Gewerkschaftskreise“ hervorgegangen sei, ausdrücklich für angebracht erklärt, geht bereits hervor, daß diese Rede in den Kreisen der Gewerkschaften sehr kühl aufgenommen worden ist. Das wird auch bestätigt durch die Tatsache, daß das „Korrespondenzblatt“ der Rede nicht ein Wort der Zustimmung widmet.

Bereits einleitend meint das Blatt, daß wichtige Teile dieses Programms sehr tief in die Gebiete gewerkschaftlicher Tätigkeit einschneiden, sie würden deshalb zweifellos zu eingehenden Erörterungen in Gewerkschaftskreisen führen. Vermerkt zu werden verdient dabei die Tatsache, daß das „Korrespondenzblatt“ die Ausführungen Bauers über die Streiks und ihren angeblichen Zusammenhang mit Wuttschen ohne Kommentar wieder gibt, obwohl es anderen Ausführungen von ihnen kritische Bemerkungen anhängt.

Wir wollen vorläufig dahingestellt sein lassen, ob die Ursache dafür eine schonende Rücksichtnahme für den früheren Gewerkschaftsführer Bauer bedeuten oder ohne weiteres erkennen lassen will, daß es diesen Ausführungen des Ministerpräsidenten Bauer nicht zustimmen vermag. Aber Bauers Ausführungen über die Schiedsgerichte widmet das Blatt folgende Kritik:

„Wir erkennen an, daß die Erfüllung des einzelnen gegenüber dem Gemeinwohl der höchste Grundsat im neuen Deutschland sein muß, und daß dieser kategorische Imperativ des Genossen Bauer sich mit zwingender Logik aus der Gesamtlage unseres Landes ergibt. Die Bereitwilligkeit unserer Gewerkschaften, mit der Regierung nach dem Wunsche Bauers über die Mittel und Wege, die uns zum Ziele führen könnten, ein Einvernehmen herbeizuführen, glauben wir auch aussprechen zu können. In der Frage des obligatorischen Schiedsgerichts sind aber die zu überwindenden Schwierigkeiten unermeßlich groß und es kommt auf die Ausführung an, ob mit diesem Mittel das Ziel erreicht wird, oder ob wir nicht neuen Erschütterungen entgegengehen. Die Beispiele Australiens zeigen, daß das obligatorische Schiedsgericht den ruhigen Fortgang des Wirtschaftslebens nicht allein gewährleistet, daß es vielmehr durch die Eurozonalisierung der Arbeitsbedingungen selbst Streiks der Arbeiter hervorruft. Wir glauben zwar, daß eine solche Regelung des Schiedsgerichtswesens gefunden werden kann, die

Henri Barbusse: Die Hölle.

„Das wahre Menschheitsgericht ergreift durch seine religiöse Gerechtigkeit.“ H. B.

Dieser Künstler steht vor den Dingen und wird von ihrer Bewegung mit fortgerissen. Sein Geist, weit genug, die Welt zu begreifen, ist gütig genug, mit ihr leiden zu müssen. Henri Barbusse ist der Bruder jedes Leidenden. Sein Genosse des Genoziters Kuffel, wohl aber des Jola, der Germinal schrieb und das wundervolle Tagebuch eines Knaben.

Als das Hirn einer blutig zerquetschten Welt in der reißlosen Spiegelung bunt gepulster leerer Schemen zur Maschine zu erstarren drohte, als man Verfall und Verfall und Menschlichkeit Heigheit nannte, — da predigte Barbusse — einer der Größten unter den Wenigen — im „Feuer“, daß Selbentum und Menschlichkeit eins sind und zu finden, wozu die Wortemacher nicht lieben wollen: bei den Jovisleren an der heroldischen Vorse, bei den Leidenden, deren Gesicht der Dreck des Schlingengrabens verklebt.

„Die Hölle“, nun in deutscher Sprache erschienen, wurde schon vor dem Kriege mit einem Preise gekrönt. Dieser Roman ist eine Rahmen-Erzählung: Im Zimmer eines Hotel-Barni entdeckt der Mann, dessen Aufzeichnungen hier wiedergegeben sind, ein Buch in der Wand, das Durchbild in den Nachbarraum gestaltet. Was er beobachtet, ist Stoff des Romanes. — Wohl, denkt der Spieler und erwartet etwas, wie Savonarola graziösen Rufus „Das Welt“. Der Krone wird enttäuscht werden. Nicht durch die Handlung, wohl durch die Darstellung.

Die Fabel ist ebenso einfach — sie trägt sogar die hier überwundene Gefahr der Banalität in sich — wie bezeichnend für den Künstler Henri Barbusse: Ein grenzenlos Einfamer in einem jener verblieben grauen Räume, die zehnfach einsam mochen, weil sie die Spuren zahlloser Menschen tragen. Die Barbusse diese trostlose Zimmer schildert!

„Ich blies vor dem Spiegel stehen, mitten in diesem Zimmer, das ich für einige Zeit bewohnen sollte. Ich musterte das Zimmer und musterte mich selbst.“

Das Zimmer war grau und von Staubdunst angefüllt. Ich sah zwei Stühle, von denen der eine meinen Koffer trug. Ich sah zwei Armstühle mit winzigen Beinen, die mit fettigem Stoff überzogen waren. Da stand ein Tisch, auf dem eine grüne Wolldecke lag. Den Boden bedeckte ein orientalischer Teppich, dessen unaufhörlich wiederholte Arabeskenverzierung die Wände angau-

gesehen suchte. Aber in diesem Augenblick, wo es Abend war, hatte der Teppich die Farbe des Erdbodens.

Alles das war mir unbekannt. Und doch, wie ich alles das kannte! Dieses Welt und solchem Prologon, diesen kalten Wackelisch, diese unermessliche Verteilung aller irdigen Missettäte und diese Leere zwischen den vier Wänden.“

In fürchterlich enternender Kleinheit endete er ein Gerlach zum gerechten Leben; jene Oeffnung, nahe der Decke, zum Nachbarzimmer. Da hängt er Tag und Nacht und hängt das idemerhafte Erleben fremder Menschen in sich ein. Alle anderen Zusammenhänge sind ihm abgeschnitten. Er atmet im wilden oder sanftern Schmerz jenes Zimmers. Er lebt die heißen und kalten Umarmungen, lebt die heberhaften Gespäche seiner Nachbarn. Hinter allem aber steht derselbe große Schmerz wie hinter dem Seerben, das eines Tages in jenem Raume geschieht.

„Die Hölle ist das heilige Buch von der menschlichen Vergierde, die schreckliche und schädliche Bibel dessen, was uns von Leben zu Leben treibt.“

Während Henri Barbusse fragte, wer ein es wagen werde, diese Bibel unserer Lebensmaltung, unserer Lebensridung, unseres Sündenfalles zu schreiben, — währenddem hat dieselbe Sehnsucht, die ihn diese Frage abrang, ihn sein Buch schreiben lassen. Franz Schulz.

Theaternachrichten.

Jubiläumsaufführungen. „Der Hauptling“. Die 50. Aufführung im Theatre in der Königgräper Straße sah die Schwächen der Operischen Komödie mehr als bisher zutage treten. Heißlich wirkte die Selbstironie Apels bei seiner Verewigung des Theaterstückes. Die Aufführung war gut; besonders gefiel miher Ernst Pröll als kühnärmender Primaner.

„Das Gesetz“. Paul Boders sozialistische Tragödie, fand am vergangenen Montag im Wallner-Theater seine 25. Aufführung. Der Eindruck auf das Publikum war gleich hart wie am ersten Tage, doch regte das Stück, das die unmenschlichen Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz darstellt, zu Vergleichen mit der heutigen Zeit an, die dem Verfasser, dem neuen Chefredakteur des „Norma“, wohl kaum erwünscht sein werden. Das Spiel war allen Lobes wert.

Für die Kammerstücke des „Deutschen Theater“ wurde Julius Geisenbder von Direktor Fabel verpflichtet.

Der Verband der freien Volkstheatern der- aufhalten zu nächsten Winter 20 Montagsonatete im

Theater am Palastplatz und in der Villaharmonie. Die Stellung des ersten dieser Konzerte hat Generalmusikdirektor Max von Schilling übernommen. Außerdem sind gewonnen worden: Siegmund von Haussegger, Hermann Ederer, Professor Georg Schramm, Professor Hugo Müdel, Professor Carl Thiel, Barbara Kemp, Brona Andowka, Arthur Schnabel, Professor Carl Fleck, Professor Hugo Weder, das Klingler-Quartett, Professor Rader-Mast, Alfred Wittendberg, Professor Heinrich Gainsfeld, das Bromsler-Quartett.

Ausstellung gewerkschaftlicher Künstler. Die Produktiv-Genossenschaft erwerbsloser bildender Künstler eröffnet ihre erste Ausstellung am 10. August in der Ausstellungshalle des Neuen Hofhauses am Schönböck. Gezeigt werden Gemälde, Skulptur und Plastik. Erwerbslose Künstler, die sich an der Ausübung der heiligen wollen, werden gebeten, ihre Arbeiten am 7. August morgens 9 Uhr, in der genannten Halle der Jury vorlegen zu wollen. Die Aufnahme in die Genossenschaft erfolgt auf Grund der künstlerischen Qualität der vorgelegten Werke.

Rachtrag zu einer Kritik. In einer Polemik Gerworts Waldens im „Sturm“, die gegen meine Kritik seiner Waldens-Ausstellung gerichtet ist, finden sich einige sachliche Bereden Waldens, die ich nicht richtigstellen will.

Die Kritik der Ausstellung sozialistischer Künstler, aus der Walden einen Sach sitzer und auf meine Posten gläserl, ist nicht von mir. Der Aufsatz, den Walden mir zuschreibt, ist klar und deutlich „ih“ geseidmet. Ich zeichne meine Kritiken mit meinem Namen. Alle Folgerungen, die Walden aus dem Satze zieht, sind also unrichtig. Noch kürzere Reime hat Waldens Behauptung, ich hätte von Karl Walden aus Begeisterung Silber erbeten. Karl Walden kann sich auch nicht auf die leiseste Beziehung von mir berufen, die sie hätte ermuntern können, vom Revidieren Heiner Panernglasbilder zu eigenen expressivistischen Schöpfungen überzugehen. Das dürfte allein Herwarth Walden selbst zu veranlassen haben. Ich bin nicht gern deutlich gegen eine Dame geworden, mit der ich früher geschäftlich verkehrte. Aber wenn Walden glaubt, ich nähme in meiner Kritikerstätigkeit darauf Rücksicht, dann irrt er. Oder sollte er das immer geübt haben? Ferner bemerke ich, daß ich kein Angestellter des Verlages „Der Sturm“ gewesen bin, weil ich früher auf Waldens Wunsch sich Walden dem „Sturm“ gegeben habe. Schließlich bemerke ich Waldens ganz vergebens, den „Arbeiter“ für Kunst als ein Geschäftsunternehmen hinzustellen. Diese Korrekturen, in Waldens Blasse eingetragen, lassen von ihr nichts weiter übrig, als die Heberjacht — und etwas Malie. (Hofy Behne)

*) Max Rascher Verlag, Berlin.

Wohlfahrt dann, müssen aber zu denken sein. Solange die Arbeiterklasse nicht geistig erwacht, die wilden Streiks einzudämmen; sie würde nur die Organisationen in ihrer Tätigkeit behindern und dadurch Gefahren für die Arbeiter heraufbeschwören, die letzten Endes auch das Wohl der Arbeiterklasse beeinträchtigen müßten. Die Arbeiterklasse muß sich nur im Einklang mit den Gewerkschaften an diese Frage herangehen, gibt uns jedoch die Sicherheit, daß die Regierung auch in dieser wichtigen Frage die Revolution der Experimente ablehnt und lediglich nach Mitteln sucht, die auch der Arbeiterklasse dienen können. Auf diesem Wege hatten wir eine Verständigung für möglich.

Die Ansprüche der Demokraten.

In einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ nimmt der ehemalige demokratische Reichsminister Gothein Stellung zu den durch den rechtssozialistischen Minister Land angestrebten Wiedereintritt der Demokraten in die Reichsregierung. Gothein meint, die Reichsregierung dürfe nur dann an innerer Stärke und Tragfähigkeit gewinnen, wenn die drei Parteien das gemeinsame Arbeitsprogramm loyal unterstützen und auf eigene darüber hinausgehende Wünsche und Forderungen verzichten würden. Es genügt eben nicht, ein Kabinett aus mehreren Parteien zu bilden, sondern die Fraktionen müssen auch bereit sein, die Politik dieses Kabinetts restlos zu vertreten.

Das letztere sei bisher in gar keiner Weise geschehen. Die Mitglieder der rechtssozialistischen Fraktion könnten die Verschärfen der Regierungspolitik nicht ablehnen, fallen immer in die Rolle der Opposition zurück, nicht nur gegen die anderen Parteien angehörigen Mitglieder des Kabinetts, sondern selbst gegen die aus ihren eigenen Reihen hervorgegangenen.

Diese Haltung der Rechtssozialisten entspringe aber aus ihrer Angst, daß die Unabhängigen mit ihrer radikalen Opposition und ihren extremen Forderungen ihnen einen Teil ihrer Wählerkraft abziehen könnten. Ehe nicht die Rechtssozialisten diese Art unfruchtbarer Politik aufgeben und nicht die für das parlamentarische System unentbehrliche Disziplin wahren, könnten die Demokraten sich nicht an der Regierungsbildung beteiligen.

So werden also die Rechtssozialisten den von ihnen erbetenen Eintritt der Demokraten in die Regierung mit ihrer völligen Abhängigkeit von diesen Vertretern reinster kapitalistischer Interessen bezahllen müssen und gezwungen sein, auch die oppositionellen Gebärden und Worte zu unterlassen, die es ihnen bisher gestattet, bei naiven und unpolitischen Elementen den Eindruck zu erwecken, als seien sie bereit, für die ehedem von ihnen vertretenen und im Reichsprogramm enthaltenen Forderungen zu kämpfen.

Reaktionäre Gewaltmaßnahmen deutscher Auslandsvertretungen.

Sie pfeifen auf die Revolution.

Wie Spanien, auf Betreiben des dortigen deutschen Generalkonsuls in Barcelona, Baron Ostman von der dortigen, ausgemessenen Reichsdeutsche führen die Wege über den Weg unglücklich rohe und reaktionäre Verfahren dieses Mannes. Bereits während des Krieges hat er es dahin gebracht, daß die dort von der Heimat abgeschickten, jeder Mittel bewußten Deutschen schlechter behandelt wurden, als selbst Kriegsgefangene. Nach monatelangen Verhandlungen wurde ihnen endlich eine Unterstützung gewährt, die so gering war, daß die meisten bald durch die Ort gehen mußten, und viele am Hungertode starben. Zwangsweise schickte man Kaufleute und Handwerker zur Rückkehr, zwang sie zum Straßenbau und zu Arbeiten in den Kolonien, beglichen wurden sie, falls sie nicht verhungern wollten, gezwungen, Eierfischer zu spielen, wenn irgendwas heimische Arbeiter im Ausland waren. Um die Deutschen wohnend in seiner Gewalt zu haben, erkaufte sich der Generalkonsul schließlich vom spanischen Staat auf irgend welche Weise die Erlaubnis zur Gewalt. Mit Hilfe dieser schickte er seine Bandenleute nach und nach in die Gefängnisse, wo sie, oft ohne überhaupt zu wissen warum, monatelang sitzen mußten. Sogar eine besondere Unterabteilung richtete dieser Junker ein.

Als im November 1918 nach Spanien die Kunde von der dortigen Revolution drang, hofften die dortigen Deutschen, daß nun das Ende ihrer Leiden gekommen wäre. Es wurde ein Komitee gegründet, das die Taten des Barons Ostman dem Auswärtigen Amt meldete, und das sich außerdem an Oberst, an Generalmann und an die Nationalversammlung wandte. Und was war die Folge? Keine einzige dieser Stellen hat es für nötig gehalten, auch nur zu antworten. Baron Ostman sitzt heute noch als Generalkonsul an seinem alten Posten, und der Vorkriegsstand geht weitere Komitteesmitglieder, die es gewagt hatten, dem kühnen Komitee die Augen zu öffnen, wurden auf Befehl des Herrn Generalkonsuls verhaftet, in Gefängnis geworfen und schließlich ausgepeinigt.

Ähnliche Zustände herrschen bei der Vertretung des Deutschen Reichs in Buenos Aires in Argentinien. Nach den Nachrichten treiben die dortigen Diplomaten, die, mit einer einzigen Ausnahme, selbstverständlich immer noch dieselben reaktionären Charaktere sind, eine ausgedehnte Propaganda gegen die sozialistische Bewegung. Sie denken gar nicht daran, die Anordnungen der Regierung, so z. B. die politische Amnestie vom November 1918, zu erfüllen. Vor etwa 2 1/2 Jahren wurden auf den Inseln Maracaibo die Geizer Schmidt und Gert der dort internierten Kapitäne Besatzung auf Veranlassung der deutschen Konsulatsbehörde noch Feuerland gebracht und ins Justizhaus gebracht, weil sie fortschrittliche Ideen verbreitet hatten. Auf alle Vorarbeiten der dortigen Deutschen an die deutsche Vertretung, die sie nicht nur erfolglos, noch heute schmachten die beiden Gefangenen im Justizhaus.

Es ist die dringende Pflicht der Regierung, hier Abhilfe zu schaffen. So lange allerdings mit der unerhörten Praxis fort-

behalten wird, abeligen Monarchisten die Vertretung der deutschen Auslandsinteressen zu überlassen und von einem Delegationssekretär den Nachweis zu verlangen, daß er ein privates Einkommen von mindestens 12000 Mark besitze, so lange wird man vergebens auf eine Besserung warten können.

Inzenerung des Berliner Polizeiwesens.

Zu unserem Artikel in der Abendausgabe vom 31. Juli zu diesem Thema übersendet uns die Sicherheitspolizei des Berliner Polizeipräsidenten folgende Verächtigung:

1. Major Weyn ist aus der Sicherheitspolizei entlassen, weil er sich zu den Anordnungen der Regierung in Widerspruch gesetzt hat.
2. Die gesamte Besatzung seiner Gruppe gehört noch wie vor zur Sicherheitspolizei, es ist kein Beamter aus den von der „Freiheit“ veröffentlichten Gründen entlassen worden.
3. Eine nur aus Offizieren zusammengesetzte Abteilung besteht bei der Sicherheitspolizei nicht.
4. Eine Nebenabteilung der Schutzleute findet nicht statt und ist selbstverständlich auch nicht beabsichtigt, um so weniger, als die Sicherheitspolizei noch gar keine Polizeiaufsicht übernommen hat.

Zu dieser Verächtigung haben wir folgendes zu bemerken:

1. Auf unsere Behauptung, daß Major Weyn vom Polizeipräsidenten Ernst selbstherrlich entlassen worden ist, geht die Verächtigung überhaupt nicht ein.
2. Wir haben niemals behauptet, wie diese Verächtigung erklärt, daß Beamte der Sicherheitspolizei bereits entlassen seien. Wir haben vielmehr wörtlich gesagt, die Angehörigen der Sicherheitspolizei „müssen jetzt befürchten, auf die Strafe gesetzt zu werden“. Das Dementi kämpft hier also gegen Windmühlen.
3. Es ist richtig, daß es eine nur aus Offizieren zusammengesetzte Abteilung nicht gibt.
4. Unsere Gewährleute bleiben auf das allerbestimmteste bei ihrer Behauptung, daß eine Beihilfung der Schutzleute durch Offiziere und Feldwebel oder Wachtmeister in Zivil stattgefunden hat.

Eine unerhörte Provokation.

Die „Hamburger Volkszeitung“ berichtet von einem Falle unerhörten Verhaltens durch die Reichwehrruppen. Am 26. Juli hatte die Direktion des Kaiserpavillons die Bahnen selber freiwillig eingeladen, um für ihre Verhältnisse während der Anwesenheit zu bewirten. Man geriet immer mehr in Stimmung und als die Kapelle Deutschland über alles“ spielte, sang alles stehend mit. Aber es kam noch besser, auch „Heil dir im Siegerkranz“ wurde angestimmt und alles stand auf und sang begeistert mit. Zwei als Gäste anwesende Soldaten, welche nicht auffanden, wurden unter Mißhandlungen aus dem Lokal entfernt und festgenommen. Diese Provokation wurde sogar einem anwesenden aktiven Hauptmann zu stark, so daß er erklärte, es wäre richtiger gewesen, wenn man das Lied nicht gesungen hätte.

Durch solche Mißereien will man bewirten die Arbeiterschaft zerschlagen, um so leichter einen Grund zu haben, über sie herzufallen. Was sagt Herr Roske, der doch dem republikanischen Führerbund gegenüber erklärt hat, er wende sich gegen die Politik im Heere (wenn sie republikanisch ist) zu dieser Provokation monarchischer Soldaten?

Das Pflanderkündchen der Vielbeschäftigten.

Wir wiesen jüngst auf die Lebensbeschreibung Roskes „Wie ich wurde“ hin. Nun scheint Heilmann den Befehl zum Abschließen erhalten zu haben, denn er erklärt, daß der Verfasser der Schrift ein gewisser Professor Silbermann sei. Roske sei an dem Opus nur insofern beteiligt, als er diesen Silbermann einmal empfangen und ihm auf seinen Wunsch über seinen Lebensgang ungefähre Notizen mitgeteilt habe, wie man in einem Ständchen erzählen könne. Das ganze sei nur ein Beweis dafür, daß wir über die Pflander losgeworden seien, aber nicht die Sozialisten. Roske sei nicht verantwortlich für die Beschaffenheit seines „überdrehtigen Bewunderers“ oder „überdrehtigen Geschichtsklitterers“.

Es ist sehr freundlich von Herrn Heilmann, daß er seinen Roske aus der Reihe zu heben sucht. Es wird aber niemand überzeugen, daß der Reichswehraminister Roske aus purer Gütmütigkeit eine Stunde seiner kostbaren Zeit für eine Pflanderrei mit einem „Geschichtsklitterer“ geopfert hätte, nur um ihm Einzelheiten aus seinem Leben zu erzählen.

Herr Roske ist beleidigt und klagt.

Es hat nicht tadelnd, Roske, der Mann der harten Linie, hat unser Sozialistischer Parteiblatt, den „Sozialdemokrat“, verklagt, weil es im Anschluß an die Mitteilung des Roskeschen Befehls, in Hamburg „man nötig, unser rassistischer Anwendung von „Waffenverbot“ Ordnung zu schaffen, einige empörte Sätze brachte. Die Empfindsamkeit des Herrn Roske wirkt um so lächerlicher, als er selber bei jeder Gelegenheit, vor allem in der Nationalversammlung, gegen die Unabhängige Partei Ausdrücke gebraucht, die selbst den Kaiserhofen an Schlagkraft noch überbieten.

Warum vor einem Schwindler. Der durch seine Tätigkeit in der reaktionären und antisemitischen Flugblattliteratur fast kein bekannter Wilhelm Marten hat einen, wie er es nennt, „Unabhängigen Sonder-Treffpunkt“ gegründet und derselbe von diesem aus allerlei Rachezwecke, die er mit dem ersten Buch haben seiner Firma, also „I. S. P. D.“ versteht. Der Mann will zweifellos den Eindruck erwecken, als ob die Nachrichten von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die bekanntlich ebenso schärfert wird, herüber. Wir warnen daher hiermit alle Genossen vor diesem antisemitischen Schwindler.

Erzberger wird des Diebstahls beschuldigt. In der „Freiheit“ erhebt der Stadtparrer Sifels aus Schnalheim in Württemberg gegen Erzberger die Beschuldigung, daß er an einer Diebstahlsaffäre beim Deutschen Pflanzverein im Jahre 1907 beteiligt gewesen sein soll. Es sei damals unter Anwendung falscher Schlüssel ein dem General beim gehöriger Brief entwendet worden, und in der darauf folgenden Verhandlung habe Erzberger sein Zeugnis verweigert. — Jetzt fehlt nur noch, daß man Erzberger des Diebstahls sühner Büffel beschuldigt. Die Deutschenationalen bedienen sich wirklich sehr vornehmer Anspielmethoden.

Eine reine Privatangelegenheit. Der Deutsche Heeres- und Reservistenbund läßt durch W. L. V. die Erklärung verbreiten, daß er die politische Tendenz der Zeitschrift, die unter seiner Firma an das Reichsministerium weitergegeben worden ist, mißbilligt. Es handelt sich bei dieser Zeitschrift um eine reine Privatangelegenheit des Bundesvorsitzenden. In der Behauptung Heilmann v. Gerlach, im Reichsministerium

stam sei die Zeitschrift sehr wohlwollend aufgenommen worden, liegt bis jetzt eine Gegenklärung noch nicht vor.

Annahme Drohungen sind einer französischen Kommission für den Fall zugegangen wenn die Auslieferung des Kaisers über der deutschen Offiziere verlangt werden solle. Offiziell wird dazu gesagt, daß solche Drohbriefe sehr verwerflich seien. Die Regierung fürchtet aber die Stimmung der solche sinnlosen Drohungen entzünden, dadurch, daß sie die Nationalen ruhig gewähren läßt, dagegen mit brutaler Gewalt gegen die Arbeiterschaft vorgeht.

Das Starnberg als Annahmestelle des Reichswehr-Berichts. Im „Münchenener Tageblatt“ befindet sich ein Bericht des Reichswehr-Berichtsbüros Starnberg, worin als Annahmestelle für Starnberg der Stadtparrer Weber genannt ist. Auch hier hat sich also wieder das Ehepaar der Staat und die Kirche zusammengesunden; ein weiterer Grund Staat und Kirche zu trennen.

Levica nicht verhaftet. Das in mehreren Blättern gemeldete Gerücht, daß in Innsbruck der Führer der Regierung, Levica, verhaftet worden sei, hat sich als irrig erwiesen. Der Verhaftete, um den es sich handelt, ist ein Italien sehr ähnlich sehender italienischer Kaufmann.

Aus der Partei.

Vom Wachstum der U. S. V.

Der Ortsverein Kiel der U. S. V. hat in den beiden Monaten Juni und Juli 1914 neue Mitglieder gewonnen, 607 Mitglieder wurden neu aufgenommen. Aus der rechtssozialistischen und kommunistischen Partei abgetreten sind 547. Abgetreten bzw. zu anderen Parteien abgetreten sind 231. Es bleibt eine Mitglieder-Zunahme von 1083.

Fortschritte im Kreise Solingen.

Wie in allen anderen Gebieten Deutschlands ist auch im Kreise Solingen ein starkes Wachsen unserer Bewegung zu verzeichnen. In dem kurzen Zeitraum von drei Monaten hat sich die Mitgliederzahl der U. S. V. fast verdoppelt. Am 1. April betrug die Mitgliederzahl des Ortsvereins noch 4500 und stieg bis zum 1. Juli auf über 8400. Diese Aufwärtsbewegung ist aber noch nicht abgeschlossen. In einem einzigen Distrikt (Waldorf) liegt die Mitgliederzahl vom 1. bis zum 15. Juli um 200 Mitglieder.

Fortschritte in Mecklenburg.

Im Kampfe gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihre Schutzhüter, die Sozialisten, macht die U. S. V. auch in Mecklenburg erfreuliche Fortschritte. Fast alle Ortsgruppen können beträchtliche Steigerungen der Mitgliederzahlen melden. Vor etwa vierzehn Tagen traten die Ortsgruppen Penzlin und Siggelkow der U. S. V. angeschlossen zu uns über. In Krafo und Waren wurden Ortsgruppen der U. S. V. D. neu gegründet. Bei der unlangst vollzogenen Arbeiterratswahl in Pölan erhielten die Sozialisten ganze 80 Stimmen, wobei die U. S. V. 128 Stimmen auf sich vereinigete. Die Sozialisten fürchten sich allerdings vor dem Strafgericht des empörten Arbeitervolkes, deshalb erziehen diese Güter der Demokratie“ Neuwahlen der Arbeiterrolle zu bereiten.

Gewerkschaftliches.

Sitzung der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Die Berliner Gewerkschaftskommission nahm am Montag, dem 4. August, zunächst Stellung zu dem vom Ausschuss gestellten Antrag auf Erhöhung des Beitrages je 10 Pfg. für die Gewerkschaftskommission und für das Gewerkschaftshaus. Rörten begründete den Antrag, der schon der letzten Sitzung vorgelegen hatte. Nachdem Bollmershaus für den Antrag und Bloth dagegen gesprochen, wurde er mit großer Mehrheit angenommen.

Den nächsten Beratungspunkt bildete die Fortführung der Gewerkschaften durch die Gewerkschaften. Rörten brachte, daß infolge der Rechtsleistungen der Gewerkschaften mit den vom Magistrat gewährten 1/2 Prozent Vergütung nicht mehr auskommen könnten. Schmidt, Ruch und Tsch. vom Reichsarbeiterversand erklärten, nur bei einer Vergütung von 1 1/2 Prozent die Arbeit fortzuführen zu können. Der Reichsarbeiterversand müsse bereits aus der Volkswirtschaft ständig große Summen entnehmen, um die Arbeit zu bewerkstelligen zu können. Das könne natürlich nicht verlangt werden. In der Umfassung von passenden Räumlichkeiten durch den Magistrat sei dieser so unhandlich, daß fortwährend Störungen vorkämen. Von verschiedenen Seiten wurde die bureaukratische Handhabung durch den Magistrat kritisiert. Die Unternehmer suchten die Gewerkschaften für ihre Interessen auszunutzen. Diesem Verhalten müßten die Gewerkschaften unter allen Umständen entgegenzutreten. Dort, wo die Arbeitsbedingungen unter dem allgemeinen Niveau stehen, dürfe die Gewerkschaftenunterstützung nicht eingezogen werden.

Tsch. berichtete von der Verhandlung mit dem Arbeitsministerium bezüglich der Verordnung über die Entlassung von Reichs- und Staatsbetriebsbeschäftigten. Die Verhandlung habe das Augenmerk erweckt, daß der Verordnung eine andere Fassung gegeben werden soll.

Der Streik der Drehtreter und Holzplaharbeiter.

Wir erhalten eine längere Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: In der „Freiheit“ vom 29. Juli d. J., Nr. 580, teilte der Verband der Berliner Plahändler den Berliner Bürgern mit, daß die Drehtreter pro Jahr 12800 M. verdienen und will den nicht Eingeweihten zur Kenntnis bringen, daß die Drehtreter nur streiken, um zu streiken. Es wird unter anderem angeführt, daß der Drehtreter pro Tag im Afford 80 M. und in hundert Arbeitstagen 8000 M. verdiene. Ferner soll der Drehtreter im Lohn pro Tag 24 M. oder in 200 Arbeitstagen 4800 M. erhalten. Nach dieser Rechnung läme, wenn das stimmt, ein Verdienst von 12800 M. in Frage. Wir wünschen, daß der Artikelreiber sich einmal das Kragleder ummadte und er möge uns einmal seine Angaben in der Tat mit eigener Kraft nachweisen; dann würde er sofort dahinter kommen, daß er sich dabei arg verrechnet hat. Hundstunde Arbeiter wissen ganz genau, daß ein solches Einkommen niemals erzielt werden kann. Die Affordarbeiter sind zum größten Teil nur auf Gelegenheitsarbeit an-

Die Freie Welt

Heft 12

erscheint morgen!

gewiesen, sie sind in Wirklichkeit Saisonarbeiter, die ihr Geld nur in dem Monate Mai, Juni, Juli, September und Oktober verdienen müssen. Der Monat August ist gewöhnlich ein Monat, wo die Zufuhr hoch ist. Im Winter ist der Affordbretterträger meistens arbeitslos. Wer nun die Arbeit kennt, weiß, daß Holztragen im Afford eine Arbeit ist, die nur von einem gesunden und mit starkem Knochenbau versehenen Arbeiter ausgeführt werden kann. Mehr als vier Arbeitstage pro Woche kommen bei einem Bretterträger bei Afford nicht in Frage, und es würden diese Kategorienarbeiter im Jahre einen Durchschnittsverdienst von 6000 R. erhalten, vorausgesetzt, daß sie im Winter nicht unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, was aber leider häufig vorkommt.

Bei den Holzarbeitern rechnen und die Arbeitgeber in der letzten Verhandlung vor, daß der jährige durchschnittliche Stundenlohn 2,15 Mark betrage. Den Vertretern der „Vossischen Zeitung“ wird dieses aber verschwiegen, warum wohl? Jedenfalls würden die Vertreter dieser Zeitung ein anderes Bild bekommen haben. Zum Schluß möchten wir noch einiges über die Löhne der Arbeiter mitteilen. Diese verlangten einen Wochenlohn von 120 Mark. Auch hier zeigt es sich, daß die kapitalträchtigsten Firmen die niedrigsten Löhne zahlen.

Der Herr Kommerzienrat Michalski zahlt seinen Kutschern pro Woche 80 Mark, Fischer u. Kolber in Reutlingen zahlt seinen Kutschern einen Wochenlohn von 75 Mark. Nebenstunden werden nicht bezahlt. Für Sonntagsarbeit erhalten diese ebenfalls keine Entschädigung.

Die Holzhändler haben durch den Krieg unbrauchbare Ware auf den Markt werfen können, die jahrelang in den Wäldern gelegen haben. Niemand hätte dieses Holz vor dem Kriege in den Kauf genommen. Durch den Krieg haben sie dieses Holz zu hohen Preisen auf den Markt bringen können.

Am Sonntag vormittag hatten die streikenden Bretterträger im Königsplatz-Kasino eine Fortbesuche Versammlung. In dieser wurde das Vorgehen der Arbeitgeber scharf kritisiert. Die Versammlung ist der Auffassung, daß dieses von Seiten der Arbeitgeber eine Nachprobe bedeutet, um die Arbeiter wirtschaftlich niederzudrücken. Die Versammlung behauptet, daß der Verbandsvertreter den Arbeitgebern gegenüber zu viel Entgegenkommen gezeigt habe und beschloß einstimmig, den Streik solange fortzusetzen, bis der Tarif in seiner jetzigen Form Punkt für Punkt zur Annahme gelangt sei.

Groß-Berlin.

Die alte und die neue Schutzhaftkammer.

Zu den gestrigen Protestkundgebungen ist noch nachzutragen, daß in den meisten Versammlungen auch Mitglieder des Reichs ehemaliger Schutzhaftgefangener das Wort ergriffen, um an Hand schwerwiegenden Materials das bössige Vorgehen der Reichs- und Militärbehörden in der Frage für Entschädigung ungeschuldig erlittener Schutzhaft zu beleuchten. Selbst in Fällen, wo das Reichsamt für Entschädigung die Entschädigungspflicht ausgesprochen habe, erfolge keinerlei Zahlung. Besonders sei der ehemalige Reichsminister Dr. Preuß auf Einbringung eines neuen verbesserten Schutzhaftgesetzes hingewiesen. Er habe, hätte sich umgingt der preussische Minister des Innern Wolfgang Heine vertraulich dahin geäußert, daß die Reichsregierung gar nicht daran denke, die von Dr. Preuß dem Rat der Schutzhaftgefangenen gemachte Zusage zu erfüllen. Weiter wurde hervorgehoben, daß ein Landrichter Jürgens für seine in Schutzhaftfällen verübten Brutalitäten und Namensschändungen dadurch belohnt sei, daß er von Wolfgang Heine als Hilfsarbeiter in das Reichsamt für Entschädigung berufen wurde. Der Rat ehemaliger Schutzhaftgefangener hat die sofortige Entfernung dieses Herrn aus dem Ministerium verlangt. Mit Recht wurde von den Rednern auch darauf hingewiesen, daß von der Reichsregierung bis jetzt kein Finger gerührt sei, um die Schadenersatzansprüche der ehemaligen Schutzhaftgefangenen skandinavischer Nationalität ernsthaft zu prüfen. Daraus geht hervor, daß die gegenwärtige Regierung mit ungläublicher Leichtfertigkeit alles verabsäumt, eine Wiederaufnahme internationaler Beziehungen zu erreichen. Der Entente werde immer mehr Anlagematerial geliefert und die Liste der auszuliefernden Personen würde durch die Schuld der jetzigen deutschen Regierung ins Uferlose erweitert. Ein lehrerangenehmer dringlicher Appell des Rats der Schutzhaftgefangenen an das Reichsamt des Innern wegen Beschleunigung des Entschädigungsverfahrens sei laut erteiltem Bescheid dem Reichsminister Heine überwiegen worden. Dort ruhe die Sache, um nach bisherigen Erfahrungen niemals wieder das Licht der Welt zu erblicken. So folge eine Provokation der anderen, immer neuer Bündnisse werde angeknüpft, bis eines Tages wieder

ein elementarer Ausbruch der Volkseigenen erfolgt, den die Regierung dann ihrer eigenen Kurzsichtigkeit zuschreiben habe.

Protest der Gasarbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte zu gestern Abend die Gasarbeiter nach den Germanenjahren gerufen, um gewerkschaftliche Fragen der Stunde zu erörtern. Der Eintritt in die Tagesordnung hielt Genosse Berger ein Referat über die Bewegung im Ruhrgebiet und die Schutzhaftkammer. Fast einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: Die am 4. August 1919 sehr schmerzhaft verarmten Gasarbeiter Groß-Berlins protestieren aufs energichste gegen die Schutzhaftkammer. Sie verlangen von der Regierung die sofortige Aufhebung der Schutzhaft, desgleichen die Aufhebung des Verlockungszustandes, da sich dessen Aufrechterhaltung durch nichts rechtfertigen läßt. Nach einer etwa fünf Minuten währenden Pause wurde dann in den gewerkschaftlichen Teil eingetreten.

Der „Vorwärts“ sagt, unsere Protestversammlungen seien nur möglich geblieben, weil die Polizei, daß in verschiedenen Gegenden Versammlungen abgehalten werden würden, in Beweis genug für den ungeliebten Justizbeamten, dessen sich die Versammlungen zu erfreuen hätten. Wie die U. S. P. es gewöhnt ist!

Die Fünfsigma-Mark.

Sie sind zu einem Teilweilen des öffentlichen Verkehrs geworden. Falsche Fünfsigma-Mark sind in der letzten Zeit vielfach in Verkehr gebracht und haben unter der Bevölkerung große Verwirrung hervorgerufen. Diese Verwirrung wurde noch dadurch vermehrt, daß Fettel von Hand zu Hand gingen, auf denen eine ganze Reihe von Serien für unglücklich erklärt wurden. Auf den Fitteln hieß es, daß die Ungültigkeitserklärung durch einen Verdacht der Reichsbank erfolgt sei. Die Verbreitung dieser Fettel dertanah die neuerlichste Falschgelb-Bearbeitungsfabrik der Reichsbank zu weiteren Nachforschungen, die zunächst ergaben, daß die Fettel nicht von der Reichsbank in Umlauf geht und auch die aufgeführten Serien nicht für unglücklich erklärt worden waren. So lag nun die Vermutung nahe, daß Falschmünzer die Fettel verbreitet hätten, um ihre wirklich falschen Scheine mit anderen Seriennummern leichter absetzen zu können.

Die Ermittlungen der Falschgelb-Bearbeitungsfabrik der Reichsbank haben aber jetzt ergeben, daß die Fettelverteilung eine ganz andere Ursache hat. In einer dieser Druckerie hatte ein Angestellter bei seiner Lohnzahlung einen falschen Fünfsigma-Mark erhalten. Als er ihn seinem Arbeitgeber, der ihn unvorsichtlich weitergegeben hatte, zurückbringen wollte, wurde er zwischen beiden zu unliebamen Auseinandersetzungen. Um solche zu vermeiden, kamen die anderen Angestellten auf den Gedanken, auf eigene Faust Fettel zu drucken, auf denen die Seriennummern von falschen Scheinen verzeichnet wurden die ihnen in die Hände gekommen waren. Diese verteilten sie untereinander, und geben sie auch an Bekannte weiter, so auch an Mitglieder eines Gesangsvereins. Hier kam ein anderer Buchdrucker darauf, weitere solche Fettel anzufertigen, um Geldscheine vor Schäden zu bewahren. Bald gingen diese Fettel in Geschäften und Kontofortalen von Hand zu Hand, und die Wirkung war natürlich groß. Die Aufregung ist aber unbegründet, da, selbst wenn Falschmünzer die eine oder andere Seriennummer nachgemacht haben, auch noch eine Reihe echter Scheine im Umlauf sind, so daß nicht alle für falsch anzusehen sind.

Beschäftigung Auswärtiger.

Die noch in der Durchführung begriffene Verordnung über die Entlassung Auswärtiger vom 8. April 1919 ist von Arbeitgebern, die anscheinend vielfach die wirtschaftliche Bedeutung dieser Verordnung für Berlin nicht erkennen, noch nicht durchgeführt worden. Der Demobilisierungsausschuß Groß-Berlin läßt sich durch zahlreiche Kräfte der Betriebe daraufhin kontrollieren, ob noch Auswärtige ohne Genehmigung des Demobilisierungsausschusses beschäftigt werden. Dabei hat sich mehrfach die Notwendigkeit ergeben, Strafanträge wegen Übertretung der Verordnung zu stellen. Es ergeht daher die dringende Aufforderung, die Auswärtigen, auf die keine der Ausnahmen der Verordnung vom 8. April Anwendung findet, zu entlassen, um sich nicht der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung auszuliefern.

Zugleich wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt die Einstellung Auswärtiger ohne Genehmigung des Demobilisierungsausschusses unzulässig und strafbar ist. Endlich sei dem gegenüber die entsprechenden Gerichten darauf hingewiesen, daß sich die Wirksamkeit der Verordnung über den 1. Oktober 1919 hinaus erstreckt. Der § 18 der Verordnung der ursprünglich den 1. Oktober 1919 als Endtermin vorsch, ist durch eine Verordnung vom 8. Juli 1919 entsprechend geändert.

Der Einmündiger im Kreise Letztes. In der letzten Zeit sind vielfach in der Öffentlichkeit Angriffe gegen die Verwaltung des Kreises Letztes gerichtet worden, weil diese im Gegensatz zu anderen Landkreisen keinen Gemeindeglieder gestellt. Die Teilsamer Kreisverwaltung teilt hierzu folgendes mit: Es

ist richtig, daß andere Kreise in der Lage sind, Gemeindeglieder auszugeben — übrigens verteilt Westfalen nur vier, nicht sechs Hund —, das hat aber seine Gründe in der niedrigen Kreisbevölkerung, die diese Kreise regelmäßig an ihrer Kreisbevölkerung abgeben. So gibt Ostfalen 2, 3, nur 600 bis 700 monatlich, während im Kreise Letztes, wie in allen Groß-Kreisen, Gemeinden, 700 Stamm verteilt werden. Eine Verteilung des Kreisbevölkerung in den genannten Kommunalverbänden findet nicht statt, was ja übrigens bei ordnungsmäßiger Kreisverwaltung auch gar nicht möglich ist, da alle Kommunalverbände von der Kreisverwaltung gleichmäßig beliefert werden. Der Kreis Letztes wäre zwar unter sehr harter Beanspruchung seiner Kreisverwaltung auch in der Lage gewesen, wie Niederbarnim ein Hund Gemeindeglieder auszugeben, er glaubte aber zugunsten der Einheitsverwaltung Groß-Berlins — die Stadtkreise können keinen Gemeindeglieder ausgeben — davon absehen zu wollen.

Erleichterungen für reisende Kriegsteilnehmer. Die Begünstigungen für erkrankte Kriegsteilnehmer sind erweitert worden. Der Begleiter wird nicht mehr bloß bei bestimmten, sondern bei allen Reisen des Blinden frei befördert, wenn er lediglich zum Zwecke der Begleitung mitreist. Für den Blinden wird von der Eisenbahnverwaltung, in deren Bezirk er seinen Wohnsitz hat, eine Befreiung darüber ausgestellt, daß er ein erkrankter Kriegsteilnehmer ist. — Wir meinen, daß diese sehr verständliche Vergünstigung allen Blinden, aus denen die ihre Augenlicht nicht im Kriege verloren haben, zu gewähren ist. Das ist ein Gebot der Humanität.

Stoffe für Unkennstoffe. Die Reichswehrverwaltung hat für Kriegsbeschädigte, Kriegsinvalide, rückführende Kriegsweibe, Privatangestellte, hunderttausende Familien usw. den kommunalverbänden Stoffe durch Vermittlung des kommunalverbänders zur Verfügung. Sie können auf Grund von Berechtigungscheinen bezogen werden, deren Ausstellung beim zuständigen Kommunalverband zu beantragen ist.

Die Hilfsvereinsstelle. Die Stadt Berlin hat, um einen Bedürfnis der Bevölkerung entgegenzukommen, eine Hilfsvereinsstelle im Reichischen Museum eingerichtet. Die Stelle hat der als Hilfsvereinsstelle bekannte Herr Roman Schulz übernommen. Die Hilfsvereinsstelle ist geöffnet vom 15. August am Dienstag und Freitag von 10—3 Uhr. Es wird eine Besprechungsgelände von 20 Rm. für die Art der vorgelagerten Erhöhen, die persönlich oder durch die Post eingereicht werden können. Außerdem findet vom 8. bis 18. September im Reichischen Museum eine Hilfsausstellung statt, um die Kenntnis der Hilfe zu fördern und den wertvollen Dienst dieser Hilfsvereinsstelle zu veranschaulichen.

Aus dem Gemeindeleben.

Berlin-Rosenthal. Vergütung von Gemeindegliedern. Die Notwendigkeit der Kontrolle der städtischen und gemeinlichen Verwaltungen durch die kommunalen Arbeiter wird an nächstem Freitag wieder einmal schlagend bewiesen. Die unabhängige Fraktion der Gemeindeverwaltung Berlin-Rosenthal erhebt gegen den früheren stellvertretenden Gemeindegliederschöffen Henderweil schwere Anklagen. Die drei Anträge der Fraktion an die Gemeindeverwaltung enthalten: Henderweil soll durch Fahrlässigkeit in der Kontrolle und mangelndem Interesse bei der Lebensmittelpreisversetzung dem Gemeindegliederverluste im Gesamtbetrag von 6176,88 Mark zugeführt haben. Die damalige Gemeindeverwaltung ist darüber nicht unterrichtet worden. Weiter haben sich bei der Abrechnung der Gemeindegliederschöffen Verluste von insgesamt 21 037,17 Mark herausgefunden. Infolge dieser Verluste sind die Gemeindegliederschöffen von der Abrechnung des Schöffen Henderweil 4901 Mark zugeführt worden, welche für die Gemeinde einen Schaden von 40 000 Mark darstellten. Die Fraktion verlangt in ihren Anträgen, daß Henderweil für diese Verluste mit seinem Vermögen haftbar gemacht wird.

Das Vorstehende ist wieder einmal ersichtlich, wie mit den letzten Vorhaben der Kriegszeit geschickelt wurde und wie schon damals eine strenge Kontrolle durch Arbeitgebern bei den Kommunen nötig gewesen wäre. Diese Fälle gegen die kommunalen Arbeiter. Die ganze Lebenswirtschaft mit öffentlichen Gütern ist bei einer dauernden Kontrolle von unten notwendig nicht denkbar — und es lieh sich doch zu schon dabei leben und arbeiten noch Achtung und Respekt gewinnen.

Bereinstellender.

Internationaler Bund der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer u. Kriegsinvaliden, Ostgruppe, Pflanzberg, Donnerstag 7. August, abends 7 1/2 Uhr, außerordentliche Generaterversammlung im Bürger, Frankfurter Allee 200.

Bellungsaufruf aller Kriegsteilnehmer der Metallarbeiter-Gewerkschaft, Mittwoch nächstehend, Funktionärstag, Kula Köln, Gornau Platz.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielewicz, Rosenthaler, Verlagsanstalt „Friedrich“, a. H. m. b. H., Berlin. — Druck bei: Emdenbrücker und Verlagsanstalt m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

Kleine Anzeigen

Verkaufe

Dianos

Max Becker

Stübel-Roth

Kaufgesuche

Kupfer

Messing

Platin Silber

Metalle

Platin Silber

Metalle

Metalle

Metalle

Metalle

Platinankauf

Elektrische Leitungsdrähte

Kupferdrähte

Kabeln

Litzen

Kabelvertrieb

Joachim Friedrichstr. 44

Telefon: Plötzberg 4539

Schellack und Leinwand

Loth, Schellack, Bismut

Fabrikdecken, Schiffsche

Möbel, Teppiche

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer

Ganz hervor

Polizei-Präsident

Falschgeld-Abteilung

Erfinder, Patent

Hut-Unternehmen

Damen- u. Herren

Lieferant blauen

Hant- und

Dr. med. H.

Friedrichstr. 80

Berlin, 10. 1. 1920

Tiermarkt

Handverkauft

Prinzener Straße 11

Alexander 2011